

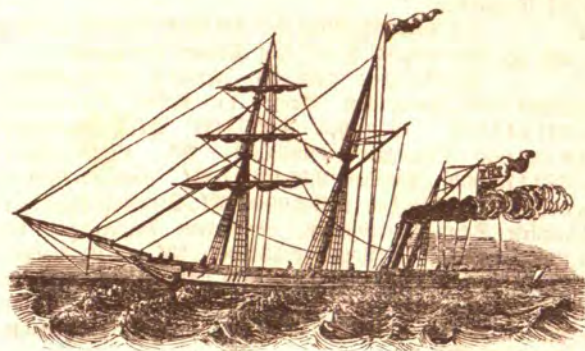
Wiemeleer Dampfboot.

№ 23.

Donnerstag,

Erscheint täglich Morgens mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis 1/2 pränumerando 3 Mark, mit Botenlohn sowie bei allen Postanstalten 3 1/2 Mark. Für Rußland 3 Rubel pro halbes Jahr.



1875.

den 28. Januar.

Belag-Exemplare kosten 10 N.-Pf.

Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-Spaltzeile von Abonnenten mit 15 N.-Pf., von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit 20 N.-Pf. berechnet. Reclamen pro 1spaltige Zeile 25 N.-Pf. Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt, sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr einzuliefern.

Abonnements-Bestellungen auf das Wiemeleer Dampfboot für die Monate Februar und März werden von Hiesigen in unserer Expedition, von Auswärtigen von sämtlichen Kaiserlichen Postanstalten entgegengenommen. Der Pränumerationspreis beträgt hier am Orte 2 Mark, mit Botenlohn sowie auswärts 2 Mark 40 Pf. Für Rußland 3 Rubel pr. halb. Jahr.

Tages-Chronik.

Den 28., Abends 8 Uhr, im Victoria-Saal wissenschaftliche Vorlesung. Den 29., Vorm. 9 Uhr, Schlesierstraße 23, Verkauf von Knie- und Holzschuhen, Wänteln, Lauwerk.

Das Septennat.

Die septennalistische Krankheit, an welcher Frankreich seit mehr als anderthalb Jahren leidet, liefert manches schätzbare Material zur vergleichenden Völker-Pathologie. Von Zeit zu Zeit ist es daher nicht uninteressant, einen Blick auf die Verfall-Klinik zu werfen, an welcher 700 Ärzte das Leiden ihres Vaterlandes heilen wollen. Die französische Nationalversammlung hat in der That eine verzeihliche Aehnlichkeit mit einem medicinischen Consilium. Man streitet über die Natur des Leidens und über die Mittel, welche anzuwenden wären; man sagt sich gegenseitig unterschiedliche Liebenswürdigkeiten — und der Zustand der Kranken verschlimmert sich fortwährend, während die berufenen Helfer sich zanken. Ein Hoffnungsschimmer hat sich gezeigt, als die National-

versammlung am 22. d. dem Verlangen des Ministers Chaubard-Latour entsprechend, die zweite Lesung des Ventavon'schen Verfassungsgesetz-Entwurfes beschloß. Dieser Entwurf ist nichts weniger als freisinnig. Er hält im Artikel I das persönliche Septennat fest und giebt im Artikel VII, der Kammer das Recht, wenn die Gewalt des Präsidenten durch was immer für eine Ursache erlöschen sollte, „zu thun, was das Wohl des Landes erheischt.“ Das klingt harmlos und selbstverständlich, und doch birgt sich in dieser Stylisirung eine große Gefahr. Ventavon und seine Genossen rechneten, als sie im Juni v. J. den Entwurf ausarbeiteten, ganz einfach darauf, daß das Septennat die Vorhülle für die Monarchie sein solle. Darum entschrieben sie sich für den persönlichen Charakter des Septennats, mit dem Hintergedanken, den Monarchisten für den Fall, daß Mac Mahon stürbe oder sein Amt niederlegte, die Wege zu ebnen. Würde der Entwurf Ventavon's angenommen und Mac Mahon würde das seit einigen Tagen verbreitete Gerücht wahr machen und zurücktreten, so könnte die National-Versammlung im Bunde mit dem neugeschaffenen Senate die Monarchie proclamiren. Welche — darüber möchten allerdings die verschiedenen monarchischen Parteien einander in die Haare gerathen.

Der Hoffnungsschimmer, von dem wir eben sprachen, beruht also nicht etwa auf der Annahme des Ventavon'schen Entwurfes, sondern im Gegentheil auf seiner Verwerfung von Seite der National-Versammlung. Für letztere ist alle Aussicht vorhanden. Die große Mehrheit, mit welcher die Kammer die zweite Lesung der betreffenden Gesetzentwürfe beschloß, darf man keineswegs dahin deuten, als wäre diese Mehrheit mit Ventavon's septennalistischer Zwangsjacke einverstanden. Sie erklärt sich vielmehr daraus, daß die Mehrzahl der Französischen Volksvertreter eine Entscheidung wünscht und sie jetzt herbeiführen zu können glaubt. Für den Gesetzentwurf Ventavon's treten nur die Rechte und das rechte Centrum ein. Die beiden Fractionen haben durch gemeinsamen Beschluß erklärt, sie würden an dem Gesetze vom 20. November 1874 festhalten und die Organisirung der Gewalten des Marichalls Mac Mahon mit allen Kräften unterstützen. Alle anderen Parteien in der National-Versammlung sind gegen Ventavon: die Legitimisten, weil sie nicht zugeben, daß das Septennat sich befestige, sondern dem Marichall nur die Rolle des Plakalters für den gottbegnadeten „Angestammten“ zuteilen; die Bonapartisten, weil sie in den Artikeln Ventavon's mit seiner Nase den Geruch der orleanistischen Monarchie wittern; die Republikaner endlich, weil sie die Falle erkennen, die man ihnen stellen will, und weil sie sich überhaupt auf keine faulen Compromisse mehr einlassen mögen.

Bei diesen Stimmungen ist wohl die Verwerfung des Ventavon'schen Entwurfes ziemlich sicher, und an dies negative Ergebnis knüpft sich die Erwartung einer Lösung. Wie man sieht, ist der Faden, an dem die Hoffnung der Liberalen Frankreichs schwebt, ein sehr dünner und schwacher, und das melancholische Gefühl, welches diese Erkenntnis einflößt, wird noch erhöht durch die fast unglaubliche Thatsache, daß der Mann, dem der Zufall und die Laune des Schicksals die Entscheidung in die Hände gegeben zu haben scheinen — Audiffret-Pasquier heißt.

Audiffret-Pasquier ist also der Mann des Tages. Aller Blicke sind auf ihn gerichtet, und er selbst muß sich im Lichte eines großen Staatsmannes erscheinen. Herrschen in Frankreich gesunde Zustände, wäre die natürliche Entwicklung des Landes nicht unterbrochen, so hätte der gute Herzog niemals eine solche Wichtigkeit erlangt. Es ist eine für Frankreich beschämende Wahrheit, daß heute sein Schicksal nicht von seinen hervorragenden Männern, sondern von Broglie's Schwager abhängt. Freilich kann in einigen Tagen das bengalische Feuer, in welchem sich jetzt Audiffret-Pasquier zeigt, schon wieder erloschen sein, denn auf der Berliner Klinik bebingt jede Woche eine neue Diagnose.

Deutsches Reich.

△ Berlin, 25. Januar. [Zur Situation.]

Das am letzten Sonnabend von einem Spanischen Kabinetsecourier überbrachte eigenhändige Schreiben des Königs Alfons's an Kaiser Wilhelm, in welchem die offizielle Anzeige von der stattgehabten Thronbesteigung erfolgt, wird, wie wir erfahren, vom Grafen Rascon in den nächsten Tagen in besonderer Audienz dem Kaiser überreicht werden. Bei diesem Akte wird auch Fürst Bismarck zugegen sein, welcher nach überstandenem Unwohlsein heute zum ersten Male wieder im Reichstage erscheint.

Der Französische Generalconsul in Belgrad Herr Debains, welcher am Neujahrstage mit dem Deutschen Consul Herrn Rosen in einen Rangstreit gerieth, war vor Antritt seiner jetzigen Stellung der hiesigen Französischen Botschaft als Sekretär attachirt und pflegte den Bicomte von Contaut-Viron im Falle dessen Abwesenheit zu vertreten. Diese diplomatischen Antecedenten scheinen bei den Präntensionen des Herrn Debains eine gewisse Rolle gespielt zu haben. Die Deutsche Reichsregierung ist indeß nach wie vor wenig geneigt, die bisher übliche Scala der diplomatischen Rangstufen willkürlich um eine neue vermehren zu lassen. Die ergriffenen Maßnahmen zielen indeß, wie wir hören, nicht sowohl auf eine Beilegung des Streitfalles in concreto als vielmehr auf die Aufstellung eines allgemeinen völkerrechtlichen Grundgesetzes hin, nach welchem der Titel eines „diplomatischen Agenten“ den mit ihm beliehenen Konsularbeamten keinen Anspruch auf irgend ein Vorrecht vor den Consuln anderer Staaten gewährt. Die Verständigung über diesen Grundfak bildet im Augenblick unter den Europäischen Mächten den Gegenstand diplomatischer Verhandlungen, welche auf Veranlassung des Fürsten Bismarck eingeleitet worden sind.

Mit dem Zusammenritte der Provinzialsynoden richtet sich das Augenmerk wiederum auf die Nothlage der evangelischen Geistlichkeit und die Nothwendigkeit derselben, sobald als möglich abzuhelfen. Vom einseitig kirchlichen Standpunkte stellt man das Princip auf, daß der Staat alle Ausfälle in ihren Einnahmen ersetzen und überhaupt die Geistlichen bezahlen müsse, von anderer Seite möchte man die Provinzen unter Hinweis auf die zu erwartenden Dotationen, dazu verpflichten, von dritter Seite endlich stellt man das Princip der freien Gemeinde auf, d. h. der Staat soll gar keine Entschädigung auf sich nehmen und die Befolgung der Geistlichen den Kirchgemeinden überlassen. Diese Pläne haben indeß, wie man uns mittheilt, keine Aussicht verwirklicht zu werden. Die Regierung hat schon in der vorigen Landtagsession in allgemeinen Umrissen angegeben, wie sie die Angelegenheit zu erledigen denkt. Als der Kultusminister im letzten Jahre eine Aufbesserung der Gehälter evangelischer und katholischer Geistlicher verlangte, erklärte er, daß es sich nicht um eine definitive Regelung handle, sondern daß man die einzelnen Fälle prüfen und nach und nach den Verhältnissen entsprechend entscheiden werde. Man wird zunächst untersuchen, ob die Gemeinden kräftig genug sind, die nothwendigen Mittel selbst aufzubringen und wird Staatshilfe nur dann eintreten lassen wo dies nicht der Fall ist. Auch die Vorträge des Finanzministers, welche zu demselben Zwecke 2 Millionen Mark verlangt, ist nach diesem Grundfak aufgestellt. Es sollen zunächst die Minimalgehälter der evangelischen und katholischen Geistlichkeit auf 800 resp.

600 Thaler gebracht, zugleich aber Organe geschaffen werden, welche jedes Jahr von Neuem prüfen, ob und inwiefern die Leistungskraft der Gemeinden herangezogen werden kann. Danach erst soll der den Geistlichen Seitens des Staates zu leistende Zuschuß berechnet und festgestellt werden.

In den nächsten Tagen werden die Provinzialsynoden der evangelischen Landeskirche zusammenzutreten. Ihre wichtigste Aufgabe ist, Vertreter zu der später zu berufenden General-synode zu ernennen. Außerdem aber werden sie sich noch mit einigen andern bedeutsamen Fragen zu beschäftigen haben, z. B. mit der Frage, ob die Stolzgebühren zu beiseitigen seien, und auf welche Weise ein Ersatz für die ausfallenden Einnahmen beschafft werden solle. Bedenkt man, daß fast zwei Drittel der Bevölkerung in den 8 altländischen Preussischen Provinzen, nämlich 12 1/4 Millionen, der evangelischen Landeskirche angehören, so liegt es auf der Hand, welche Wichtigkeit das Ergebnis dieser Provinzialsynoden haben muß. Sollte die strengorthodoxe Partei, welche gegen die neuere Staatsgesetzgebung sich feindselig verhält, welche das Schulaufsichtsgesetz, die Civilehe u. s. w. in ähnlicher Weise bekämpft, wie dies von den Ultramontanen geschieht, das Uebergewicht erlangen, so würde dies von verhängnisvoller Bedeutung sein; denn der Staat seinerseits kann unmöglich einer Kirche, die gegen ihn feindselig auftritt, eine größere Freiheit und Selbstständigkeit geben und kann aus den Steuern der Bürger nicht solche Geistliche unterstützen, welche gegen die bürgerlichen Gesetze im Kampf treten. Je nachdem die gemäßigtere und staatsfreundliche Richtung in den Provinzialsynoden siegt oder unterliegt, wird auch das Verhältnis des Preussischen Landtages zu den evangelischen Geistlichen ein freundliches oder ein gespanntes sein. Die Regierung hat den besten Willen, der Nothlage der Geistlichen abzuhelfen; sie beweist dies augenblicklich wieder durch den Vorschlag, 2 Millionen Mark zur Erhöhung ihrer Gehälter bis auf den Mindestbetrag von 800 Thalern auszugeben. Auch im Abgeordnetenhaus wird die Mehrheit guten Willen haben, wenn man nur nicht durch absichtliche Feindseligkeit gegen den Staat es den Abgeordneten unmöglich macht, diesen Willen zu beschließen.

Das am 3. d. den Auswärtigen Vertretern in Madrid übergebene und von den sämtlichen Mitgliedern des provisorischen Kabinetts unterzeichnete Rundschreiben über die Bildung der neuen Regierung enthält bezüglich der Stellung derselben zu der religiösen Frage folgende bemerkenswerthe Stelle: „Diejenigen, welche in dem religiösen Prinzip die große Triebfeder unserer nationalen Geschichte erblicken und sich verletzt fühlen durch die Frevel, welche nach dieser Richtung die Revolution begangen hatte, setzten selbstverständlich ihre Hoffnungen auf Jenen (Alfons), der ein würdiger Erbe katholischer Monarchen, am Glauben seiner Väter unerschütterlich festhielt, ohne dadurch aus demselben ein Werkzeug und Banner seiner politischen Ziele machen zu wollen.“

Bezüglich der zwischen dem Deutschen Reich und der Spanischen Regierung gewechselten Noten ist die Times in die Lage gesetzt folgendes mitzutheilen: Auf die offiziell der Spanischen Regierung mitgetheilte Beschwerde über die Gustavaffaire erklärte das Spanische Cabinet, es acceptire die Entschädigung im Princip und sei bereit, eine maximale Demonstration gegen den von den Carlisten occupirten Küstenpunkt zu unternehmen, welcher der Schauplatz der Beschimpfung der Deutschen Flagge war. Die Spanische Note fügt jedoch hinzu, man halte es nicht für geeignet, daß bei dieser Demonstration der Spanischen Schiffe gleichzeitig Deutsche Schiffe mitwirkten. Flatow, West-Preußen, 23. Januar. Die Functionen der Beamten, welche in den Provinzen Polen und Westpreußen zur Ueberwachung der Polnisch-ultramontanen Agitation neuerdings eingesetzt worden, treten immer deutlicher hervor. So traf dieser Tage auf dem hiesigen Landrathsamte ein vom Ministerialcommissarius Her aus Thorn (früher Bürgermeister in Kolkhntin) aus der daselbst erscheinenden Gazzetta Thorunskas übersehter Artikel ein, in welchem der auch von uns gebrachte Ausweitungsfall des Vicars Jborowski in der geschäftigsten Weise behandelt und unsern Herrn Landrath verschiedene unwahre Aeußerungen in den Mund gelegt resp. gethane Aeußerungen verdreht wurden. Selbstverständlich ist dies von der betreffenden Seite rectificirt worden.

Breslau, 23. Januar. Der Oberpräsident Graf Arnim ist heute Vormittag mit dem Eiskuge in Familienangelegenheiten nach Berlin gereist und wird erst Dienstag Abend zurück erwartet. — Das Schlesische Kirchenblatt schreibt: „Nachdem es der Regierung nicht gelungen ist, die Pfarrei Landsberg a. W. staatlich durch die Wahl der Gemeinde zu be-

